
Dokumentation

Wahlprüfsteine des DGB*

Politik für Arbeitnehmer - Politik für morgen

Wir haben große Probleme zu lösen. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf der Höhe des Nachkriegsrekords: über zwei Millionen registrierte Arbeitslose, dazu die Stille Reserve. Fachprognosen: Massenarbeitslosigkeit bis ins Jahr 2000.

Ganze Regionen rutschen ins Abseits:

- Dortmund 1986: Jeder Sechste als arbeitslos gemeldet.
- Leer (Ostfriesland): Jeder Vierte.

Der Sozialabbau, die Beschneidung der Arbeitnehmerrechte, die Umverteilung von unten nach oben, die Aushöhlung des Streikrechts - mit all diesen Maßnahmen

hat die konservativ-liberale Bundesregierung den Sozialstaat nachhaltig getroffen.

Die Massenarbeitslosigkeit ist geblieben. Unsere Gesellschaft wird immer stärker gespalten. Arm und reich, oben und unten, Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse.

Auf der Strecke bleiben die praktische Gleichberechtigung der Frauen, die Zukunftschancen hunderttausender junger Menschen und das Recht der Ausländer auf Solidarität und Integration.

Wir brauchen Arbeitsplätze für über drei Millionen Menschen.

Wir brauchen eine offensive Beschäftigungspolitik; brauchen besondere struk-

* Wahlprüfsteine des DGB zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987.

unpolitische Maßnahmen für Problemregionen; brauchen Arbeitszeitverkürzung, eine soziale Gestaltung des technischen Wandels und nicht zuletzt verlässliche Grundlagen für die soziale Sicherheit. Wir brauchen die volle Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frauen und Männern. Alles in allem: eine Politik, die für alle gemacht wird.

Dafür kämpfen der DGB und seine Gewerkschaften.

Unabhängig von der parteipolitischen Meinung des einzelnen Gewerkschaftsmitglieds und auf der Grundlage der Toleranz formulieren sie die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ihre Zielvorstellungen für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft bringen sie in den politischen Willensbildungsprozeß ein.

Dabei lehrt uns die historische Erfahrung: Zersplitterung heißt Schwäche. Ebenso wie in der Vergangenheit ist deshalb auch in Zukunft die Erhaltung und Stärkung der Einheitsgewerkschaft die entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Einheitsgewerkschaft ist unabhängig von politischen Parteien, aber weder politisch neutral noch unpolitisch, denn vieles von dem, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrifft, wird im Bundestag entschieden. Beispiele: Bundeshaushalt, Forschungs- und Technologiepolitik, Sozialpolitik, Mitbestimmung, Arbeits- und Arbeitskämpfrecht, Arbeitszeitordnung.

Die Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 1987 enthalten Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, deren Erfüllung für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft von hervorragender Bedeutung sind.

Die politischen Parteien sind aufgefordert darzulegen, was sie in der nächsten Legislaturperiode tun wollen, um die For-

derungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zu erfüllen.

Wahlrecht ist Wahlpflicht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet, daß alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Er ruft sie dazu auf, die politischen Parteien und ihre Kandidatinnen und Kandidaten an den Wahlprüfsteinen des DGB zur Bundestagswahl 1987 zu messen.

Prüfstein 1:

Mehr öffentliche Initiativen für Arbeit, Umwelt und Lebensqualität

- * Beschleunigung des qualitativen Wachstums durch
 - eine allgemeine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden im Umfang von zusätzlich mindestens 50 Milliarden DM in den nächsten fünf Jahren und
 - ein fünfjähriges Investitionsprogramm, ausgestattet mit 50 Milliarden Mark.

Investitionsschwerpunkte: Energieeinsparung, Bau neuer und umweltfreundlicher Kohlekraftwerke und Entwicklung neuer Energiequellen, damit der Verzicht auf Kernenergie möglich wird; Wasser- und Luftreinhaltung; gefahrlose Abfallbeseitigung; Natur- und Landschaftsschutz; Umweltüberwachung; Ausbau der Fernwärme-Versorgung; Stadtentwicklung und sozialer Wohnungsbau; Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und der Bundesbahn.

Finanziert unter anderem durch den Verzicht auf die für 1988 beschlossene Stufe zwei der Steuerreform, die vor allem höhere Einkommen begünstigt, eine Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen, das Einfrieren der Verteidigungsausgaben auf derzeitigem Stand und die Nutzung der vorhandenen Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen, energische Beitreibung der Steuerschulden.

- * Stop der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen.

- * Ausbau sozialer Dienste und des Bildungswesens.
- * Zusätzliche Initiativen gegen die Arbeitslosigkeit durch aktive Arbeitsmarktpolitik. Dabei trägt der öffentliche Dienst eine besondere beschäftigungspolitische Verantwortung.
- * Mehr Fortbildung und Umschulung für Arbeitsuchende, besonders auch für Frauen.
- * Energischer Abbau der Jugendarbeitslosigkeit durch verstärkte Schaffung qualifizierter Ausbildungsplätze. Beschäftigung nach der Ausbildung.

Prüfstein 2:

Kürzere Arbeitszeiten - im Interesse der Arbeitslosen und der Beschäftigten

Die Gewerkschaften haben kürzere Arbeitszeiten durchgesetzt - im Rahmen von Tarifverhandlungen, mit denen der Gesetzgeber nichts zu tun hat.

Aber auch er muß das Ziel weiterer Arbeitszeitverkürzungen flankieren:

- * Ein fortschrittliches Arbeitszeitgesetz muß verabschiedet werden. Jetzt gilt gesetzlich noch die 48-Stunden-Woche aus dem Jahre 1938! Die Bestimmungen müssen den heutigen Realitäten angepaßt werden: 40 Stunden in der Woche als Obergrenze.
- * Die Mehrarbeit muß gesetzlich auf das Allernötigste und auf Ausnahmefälle begrenzt werden. Freizeitausgleich für jede Überstunde.
- * Das befristete Vorruhestandsgesetz muß verlängert und verbessert werden.

Prüfstein 3:

Soziale Gestaltung des technischen Wandels

- * Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in Betrieb und Verwaltung. Insbesondere bei Rationalisierung und Einführung neuer Technologien, bei der Arbeitsorganisation, bei der Arbeitsgestaltung, bei Personalplanung und -entscheidungen und Betriebsänderungen.
- * Neue Maßstäbe in der Forschungs- und

Technologiepolitik, stärkere Beachtung humaner und sozialer Aspekte.

- * Beteiligung der Gewerkschaften an den Entscheidungen über öffentliche Technikförderung.
- * Gründung einer wissenschaftlichen Einrichtung zur Abschätzung der Folgen von Technik-Einsatz.
- * Weiterentwicklung des Forschungsprogramms „Humanisierung der Arbeit“: finanzielle Aufstockung und Verzahnung mit anderen Förderprogrammen.

Prüfstein 4:

Gesicherte Arbeits- und Lebensverhältnisse für alle.

- * Sofortige Rücknahme
 - der die Arbeitnehmerrechte verschlechternden Bestimmungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes,
 - der Verschlechterung des Schwerbehinderten- und des Jugendarbeiterschutzes.
- * Verbot der Leiharbeit.
- * Gewährleistung des heutigen Rentenniveaus.
- * Ausbau der eigenständigen Rentenanprüche der Frauen.
- * Mehr Gerechtigkeit durch fortschrittliche Harmonisierung der verschiedenen Systeme der Alterssicherung.
- * Dauerhafte Sicherung der Rentenfianzen, vor allem durch:
 - volle Beitragszahlung der Bundesanstalt für Arbeit,
 - einen deutlich höheren Bundeszuschuß,
 - einen zusätzlichen an der Wertschöpfung der Unternehmen orientierten Beitrag der Arbeitgeber.
- * Beseitigung der Versicherungsfreiheit für sogenannte geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.
- * Wirksame rechtliche Grundlagen für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.
- * Ausbau der allgemeinen Gesundheitsvorsorge und der Rehabilitation sowie Sicherung der Versorgungsqualität im Krankheitsfall.
- * Mehr Einfluß für die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Damit sie die Lei-

stungsfähigkeit des Gesundheitswesens sichern können.

* Rücknahme der unsozialen Regelungen über die Selbstbeteiligung.

* Bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit

- Rücknahme der Leistungskürzungen,
- längere Zahlung des Arbeitslosengeldes an alle Arbeitslosen,
- Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung.

* Anhebung der Sozialhilfesätze um etwa 30 Prozent.

* Rücknahme der Baf öG-Kürzungen.

Prüfstein 5:

Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft

* Rücknahme des Entwurfs zur Änderung des Betriebsverfassungs- und Bundespersonalvertretungsgesetzes (genannt „Gesetz zur Verstärkung der Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen“).

* Verbesserung der Betriebsverfassung und des Personalvertretungsrechts. Vordringlich: Mehr Mitbestimmung bei Rationalisierung und Einführung neuer Technologien bei der Arbeitsgestaltung,

bei Personalplanung und -entscheidungen und Betriebsänderungen.

* Sicherung der Montan-Mitbestimmung und Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen.

* Einführung der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung mit Wirtschafts- und Sozialräten.

* Paritätische Mitbestimmung in den Handwerkskammern.

Prüfstein 6:

Freie und streikfähige Gewerkschaften - Ausbau der Tarifautonomie

* Rücknahme der Änderung des § 116 AFG.

* Gesetzliche Klarstellung: Leistungen der Arbeitslosenversicherung dürfen allenfalls den unmittelbar am Arbeitskampf Beteiligten verweigert werden.

* Bei Fernwirkungen eines Arbeitskampfes muß gelten: Mindestens bei Produktionsstillegungen, die durch Aussperrung ausgelöst sind, muß der Arbeitgeber Lohn und Gehalt weiterbezahlen.

* Die Aussperrung ist zu verbieten.

* Kein Einsatz von Beamtinnen und Beamten als Streikbrecher.